Presseerklärung des Antifaschistischen Koordinierungskreises Ansbach (AKA)

Ansbach, 7. Februar 2012

Wir, der Antifaschistische Koordinierungskreis Ansbach (AKA), sind überwältigt von dem großen Zuspruch von über 1000 TeilnehmerInnen zur Kundgebung „Gib Nazis keine Chance“ und der anschließenden, entgegen allen Unkenrufen von CSU, SPD und OB Seidel, absolut friedlich verlaufenden Demo, an der sich über 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten trotz klirrender Kälte in Ansbach beteiligten. Der AKA, der u.a. aus dem Kreis der Betroffenen des Neonaziüberfalls vom 01.01.12 heraus gegründet wurde, bedankt sich bei der Bevölkerung der Stadt und des Landkreises Ansbach und bei allen Anwesenden für die gezeigte Solidarität im Kampf gegen Neofaschisten.

Unser Dank gilt in diesem Zusammenhang auch dem Sprecher der Lokalallianz gegen Rechtsextremismus/LARA, Heinz Kreiselmeyer, der sich durch seinen unermüdlichen Einsatz und seine Dialogfähigkeit für den gemeinsamen Kampf gegen Neonazismus aller demokratischen Kräfte mit Nachdruck einsetze. Großes Lob in dieser Sache auch an die Ansbacher Polizei, welche durch ihr mit uns gemeinsam durchdachtes Vorbereitungskonzept die reibungslose Durchführung dieser Veranstaltungen ermöglichte.

Umso kritischer blicken wir auf die Hexenjagd, die im Stadtrat vergangene Woche gegen den AKA initiiert wurde. Im Internet kursierende Demoaufrufe, die nicht die Meinung des AKA widerspiegeln, sollten offenbar gezielt dafür eingesetzt werden, den AKA von der Veranstaltung auszuschließen und das breite Ansbacher Bündnis gegen Rechtsextremismus zu spalten. Diese Aufrufe wurden bereits im Vorbereitungstreffen zwischen Polizei, Stadt, LARA und AKA am 30.01. thematisiert. Anstatt mit LARA oder AKA frühzeitig über etwaige Besorgnisse zu sprechen, benutzte die Stadtspitze diese Pamphlete, um am Tag darauf mit Hilfe der CSU, aber auch Teilen der anderen Fraktionen (abgesehen der Grünen und der Offenen Linken), ein Kesseltreiben gegen den AKA zu veranstalten. Es scheint, dass die CSU nur auf einen Anlass lauerte, der Kundgebung fern bleiben zu können. Die gespielte Empörung und das Herbeireden von Horrorszenarien sollen die strategische Absicht des Manövers verdecken: Die CSU ist für den Machterhalt im Freistaat offenbar bereit, in braunen Gewässern nach Wählerstimmen zu fischen. Die demokratiefeindlichen Tiraden aus den Reihen der CSU-Fraktion erreichten mit wüsten Beschimpfungen gegen linksorientierte junge Menschen sowie dem Infragestellen von Demonstrations- und Pressefreiheit einen traurigen Höhepunkt.

Bei manchen Mitgliedern der SPD-Fraktion hatten die Beobachter des AKA, die zur Stadtratssitzung anwesend waren, das Gefühl, dass diese blind für die große antifaschistische Tradition der Sozialdemokratie geworden sind.

OB Seidel hat im Vorfeld der Kundgebung den AKA massiv unter Druck gesetzt, um die schon Wochen vorher angemeldete Demonstration gegen Nazis in Ansbach mit allen Mitteln zu verhindern. Anders als in ihrer Falschdarstellung im bayerischen Fernsehen, hat Seidel sehr wohl damit gedroht, nicht an der Kundgebung gegen Nazis in Ansbach teilzunehmen falls der AKA als Mitorganisator dieser Veranstaltung auftrete und auf seinen Redebeitrag bestehe. Viele MitstreiterInnen des AKA sind immer noch schockiert über dieses Aufkündigen der in wochenlanger Vorbereitung bei hoher Kompromissbereitschaft unsererseits erarbeiteten Abmachungen.

Nur nach weiteren mühsamen Verhandlungen und weiteren Zugeständnissen des AKA konnte die Durchführung der gemeinsamen Kundgebung gesichert werden. Wir hoffen, dass OB Seidels –im Gegensatz zu Landrat Schwemmbauer- ausgewogener Redebeitrag auf der Kundgebung ein erster Schritt für eine zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit gegen Rechts auf gleicher Augenhöhe in einem breiten Bündnis in Ansbach sein kann.

Das Engagement für ein tolerantes Miteinander und gegen Rechtsextremismus kann nur langfristig angelegt sein. Der AKA steht für diese Arbeit auch nach den sehr unschönen Vorkommnissen der letzten Woche bereit. Wir werden uns zudem im Verband der Nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts weiter vernetzen.

Der Kampf gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit sollte darüber hinaus nicht durch parteipolitisches Geplänkel dominiert werden. Wir erwarten, dass diejenigen politischen Kräfte, die bislang nur Parteifahnen auf Kundgebungen herumtragen, zukünftig auch antifaschistische Basisarbeit in Ansbach leisten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sprecher_Innen-Rat des AKA